

Commonismus und der Vorrang des Sozialen vor dem Digitalen

Autor(en): **Meretz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **114 (2020)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-913652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Commonismus und der Vorrang des Sozialen vor dem Digitalen

Stefan Meretz

Welchen Beitrag können digitale Technologien zu einer freien Gesellschaft leisten, in der die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen? Überlegungen zu einer Utopie des Möglichen.

Mit dem Slogan «Eine andere Welt ist möglich» wurde die bleischwere Zeit nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus durchbrochen. Das utopische Glimmen, das in dem Slogan hervortrat, mobilisierte viele Menschen. Doch bald wurde aus den «anderen Welten» eine dystopische Aussicht, und das nicht erst, seit uns die systematische Zerstörung des Planeten durch die Klimakatastrophe gewahr wurde. Der einst Mut machende Slogan bekam einen drohenden Unterton. Dabei ist Utopie wichtig. Sie gibt nicht nur Hoffnung, sie ist unabweisbar notwendig. Nur wenn die mögliche andere Welt benannt wird, nur wenn die Utopie in ihren Grundzügen umrissen ist, wissen wir, wohin wir streben können, nur dann bekommt unser Handeln Orientierung und Sinn. Doch nicht jede Utopie taugt dazu. Eine «Ich-wünsche-mir-was»-Utopie etwa

wäre beliebig. Was wir brauchen, ist eine Utopie der menschlichen Möglichkeit, eine Möglichkeitsutopie. Sie will die Frage beantworten, welche andere Welt möglich ist. Eine solche Möglichkeitsutopie entwickeln Simon Sutterlütli und ich im Buch *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*.¹ An dieser Stelle will ich fragen, welchen Beitrag die digitalen Technologien in einer solchen Utopie leisten können.

Die Möglichkeitsutopie fragt grundsätzlich danach, wie wir Gesellschaft anders organisieren können. Es geht also nicht nur darum, neue Möglichkeiten innerhalb des Alten zu finden, sondern ein Neues, eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Wenn wir «wünsch-dir-was» ausschliessen, können wir dann überhaupt etwas sagen? Das versuche ich im Folgenden zu zeigen. Dabei stehe ich vor der Schwierigkeit, dass ich das Neue nicht illustrieren kann, denn das Neue ist noch nicht da. So wissen wir nicht, welche konkrete Gestalt etwa digitale Technologien haben werden, ob es zum Beispiel dann noch Smartphones geben wird. Doch dass wir technische Mittel zur Kommunikation nutzen werden, ist eine plausible Annahme. Um verständlich zu bleiben, werde ich immer wieder einen Vergleich zur heutigen Situation heranziehen: Wie ist es heute und wie könnte es – prinzipiell – anders sein? Für diesen Vergleich brauche ich einen Begriff vom Kapitalismus, damit möchte ich beginnen.

Auf Kosten der Anderen

Der Kapitalismus hat die menschlichen Möglichkeiten in unvorstellbarer Weise entfaltet. Damit sei die menschliche Geschichte an ihr Ende gelangt, erzählt uns Francis Fukuyama. Alles, was noch bliebe, sei den weniger entwickelten Ländern zu den Segnungen des entfaltenen Kapitalismus zu verhelfen. Diese Erzählung bröckelt immer mehr. Tatsächlich ist der Kapitalismus eine zur Blüte gekommene Gesellschaft des Ausschlusses, eine *Exklusionsgesellschaft*. Es gibt im Kapitalismus zwar Entfaltung, aber stets auf Kosten von anderen oder anderem, von Menschen und Natur. Der Kampf aller gegen alle und alles, wenn auch sozialstaatlich gerahmt und mit Verschmutzungszertifikaten abgefedert, bildet die kapitalistische Basislogik des Ausschlusses, die *Exklusionslogik*.

Fahren Sie ein konventionelles Auto? Dann enthält es eine Bleibatterie. Das frische Blei, mit dem die Batterie gebaut wurde, kommt vielleicht aus Owino Uhuru in Kenia, wo Blei aus alten Batterien recycelt wird. Das hält den Preis

niedrig. Doch die Menschen in Owino Uhuru erkrankten und starben an Bleivergiftung.² Dieses Beispiel zeigt, dass wir täglich auf Kosten von anderen Menschen und der Umwelt konsumieren und handeln. Wir wissen es häufig nicht, aber wir tun es. Oft wissen wir es sogar und tun es trotzdem. Ein solches Handeln wird uns allen jeden Tag strukturell von der Exklusionslogik nahegelegt. Diese Logik erfordert, dass wir nicht für unsere Bedürfnisse produzieren, sondern für den Markt: Wer Menschen und Umwelt ignoriert, ist billig; wer billig ist, setzt sich durch.

Wer diese Ausschluss-Dynamik dem Fehlverhalten einzelner Menschen zuschreibt, versucht, ihr individuelles Verhalten zu ändern. Wer sie analysiert als Ergebnis einer strukturellen Logik, der Exklusionslogik, fragt, ob es auch andere Strukturen geben kann, die ein anderes, inkludierendes Handeln nahelegen. Damit kommen wir zur ersten Bestimmung der Utopie: Die andere Welt basiert auf einer *Inklusionslogik*. Mit Inklusion ist dabei nicht das paternalistische Einbeziehen zuvor ausgeschlossener Gruppen gemeint, sondern eine gesellschaftliche Struktur, in der der Einschluss der Bedürfnisse der anderen die Voraussetzung für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse ist.

Welche Bedingungen erzeugen eine strukturelle Inklusionslogik? Verantwortliche Freiwilligkeit und kollektive Verfügung – also das, was heute schon die *Commons* im Kleinen ausmacht. Commons sind selbstorganisierte Zusammenschlüsse auf Augenhöhe. Im Zentrum stehen Dinge, Themen oder übernommene Aufgaben, um die sich Menschen kümmern, weil es ihnen wichtig ist. Das kann der Anbau von Gemüse sein, der Entwurf von Häusern oder die Pflege von bedürftigen Menschen. Es geht um Bedürfnisse, nicht um Geld. Die Regeln der Selbstorganisation, des *Commoning*, werden gemeinsam festgelegt.

Im heutigen Kapitalismus sind Menschen gezwungen zu arbeiten, um am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben zu können. Und das Eigentum schliesst die Nichteigentümer*innen von der Verfügung über Produktions- und Konsumtionsmittel aus. Letztere müssen wir jedoch erwerben, um unsere Existenz zu sichern. Dazu brauchen wir Geld, was wir nur bekommen, wenn wir die eigene Arbeitskraft verkaufen oder fremde Arbeitskraft verwerten. Eine freie Gesellschaft kennt solche Zwangsverhältnisse nicht, sie kennt weder Geld noch Markt oder Staat. Geld, Markt und Staat sind die Basisinstitutionen des Kapitalismus. Behält man sie bei, kann der Kapitalismus vielleicht

zivilisiert, aber nicht überschritten werden. Wir blieben in der Exklusionslogik gefangen. Der Übergang in eine Gesellschaft, aus der niemand mehr herausfällt und die nicht zu Lasten von Menschen und Umwelt geht, wäre nicht erreichbar.

Dann jedoch stellen sich neue Fragen. Wenn nicht mehr verkauft und gekauft wird, wenn die Kopplung von Geben und Nehmen, also der Tausch, aufgehoben ist, wie werden dann die gesellschaftlichen Notwendigkeiten erledigt? Geht das mit Freiwilligkeit zusammen? Wie kommt dabei das, was die einen machen, und das, was die anderen brauchen, zusammen? Das ist eine Frage nach der gesellschaftlichen Vermittlung.

Teilhabe an der Vor-Sorge

Von der Kritischen Psychologie haben wir gelernt, dass Menschen nicht nur sinnlich-vitale, sondern auch produktive Bedürfnisse haben. Sie sind nicht isolierte Konsumwesen, sondern wollen am gesellschaftlichen Prozess der vorsorgenden Herstellung von Lebensbedingungen teilhaben. Erst die sozial eingebettete Teilhabe an der Vorsorge verschafft das Gefühl der Sicherheit. Vorsorge bedeutet, nicht von der Hand in den Mund zu leben, sondern für Bedingungen zu sorgen, so dass wir und zukünftige Generationen gut versorgt sind. Diese Teilhabe bezieht sich nicht nur auf die Schaffung materieller Lebensbedingungen (Nahrungsmittel, Häuser etc.), sondern ebenso auf die Schaffung symbolischer (Texte, Filme, Software etc.) und sozialer (Kooperationsweisen, Entscheidungsverfahren etc.) – Voraussetzungen für ein gutes Leben. Und sie ist auch nicht bloss fokussiert auf den «öffentlichen» Bereich der Produktion, sondern gleichbedeutend auf den «privaten» Sorgebereich der Reproduktion – auch «Care» genannt (Kinderbetreuung, Pflege etc.). Vorsorge schliesst die Sorge immer auch mit ein.

Damit eine Gesellschaft ihren Entwicklungsstand erhalten kann, muss eine grosse Menge an Tätigkeiten getan werden – von der Herstellung von Nahrungsmitteln über Care bis zur Kultur. Gesellschaftlich notwendigen Aufgaben stehen individuelle, höchst unterschiedliche produktive Präferenzen gegenüber. Je grösser die Zahl der Individuen und je unterschiedlicher sie sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass es zu jeder notwendigen Tätigkeit auch jemanden gibt, der oder die genau diese Tätigkeit motiviert tun möchte. Es besteht «nur» noch die Schwierigkeit, gesellschaftliche

Notwendigkeiten und individuelle Tätigkeitswünsche zusammenzubringen. Das ist eine kommunikativ lösbare Aufgabe, und den digitalen Medien kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Internet gibt es eine Plattform, über die die unterschiedlichen Bedürfnisse vermittelt werden können – eine Art Tätigkeitsagentur, nur ohne Geld und Zwang, sondern auf Basis von Freiwilligkeit und Motivation. Wir vermuten, dass sich für die allermeisten Notwendigkeiten Personen finden, die die damit verbundenen Tätigkeiten motiviert übernehmen. Was ist aber mit unangenehmen Tätigkeiten wie dem oben erwähnten Bleirecycling, für die sich niemand findet? Hier gibt es drei Möglichkeiten. Wir können sie abschaffen, entweder erstens durch Automatisierung oder zweitens, indem wir das damit verbundene Produkt ersetzen oder darauf verzichten. Wir können drittens die Tätigkeit beibehalten, aber so aufteilen, dass die Beteiligung rotiert. Wenn wir kollektiv über die Bedingungen verfügen, können wir uns gemeinsam entscheiden, welchen Weg wir gehen. Die ersten beiden Wege bedeuten Aufwand (Automatisierung, Substitution) oder vielleicht Verzicht, der dritte Weg Verteilung der Belastung. Ohne fremde Logik entscheiden die Menschen nach ihren Bedürfnissen.

Heute entscheiden Eigentum und Geld. Wer wenig davon besitzt, ist gezwungen, unangenehme oder schädliche Arbeiten zu tun – siehe das Beispiel des Bleirecyclings in Kenia. In einer *freien Gesellschaft* können wir hingegen Entscheidungen treffen, die heute niemand tragen würde, weil «sie sich nicht rechnen». Wir wären frei, unsere Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt wahrzunehmen, weil wir tatsächlich über unsere Lebensbedingungen verfügen könnten. Dazu gehört auch, zu entscheiden, etwas nicht (mehr) zu tun und auf Dinge zu verzichten, weil die frei gewordenen Ressourcen an anderer Stelle eingesetzt mehr Lebensqualität versprechen.

Informierte Koordination

Doch wie koordiniert eine solche freie Gesellschaft ihre Tätigkeiten? Im Kapitalismus sind es Tausch und Markt basierend auf Eigentum und Vertrag, die die gesellschaftliche Koordinationsleistung hervorbringen. Was geschieht dort genau? Der Ökonom Friedrich von Hayek fragte sich 1936: «Wie kann das Zusammenwirken von Bruchstücken von Wissen, das in den verschiedenen Menschen existiert, Resultate hervorbringen, die, wenn sie bewusst vollbracht

werden sollten, auf Seiten des lenkenden Verstandes ein Wissen erfordern würden, das kein einzelner Mensch besitzen kann?» Um Handlungsfähigkeit zu erreichen, sei es nötig, verteiltes Wissen auf handhabbare Grössen zu reduzieren und einer *Selbstvermittlung* zu unterziehen. Nach von Hayek ist es die Vermittlung über «Preise» und «Wettbewerb» auf dem Markt, die «komplexe, möglicherweise intelligente Strukturen ohne jeglichen Bedarf nach Planung, Kontrolle oder auch direkter Kommunikation zwischen den Beteiligten» erzeugt. Das letzte Zitat stammt aus der *Wikipedia* zum Stichwort «Stigmergie». Ein Markt ist ein stigmergisches, also signalkoordiniertes sich selbst vermittelndes System – und eine *freie Gesellschaft* wird dies auch sein. Werden also Geld und Markt bleiben? Vermutlich nicht.

Preissignale besitzen zwei grosse Nachteile. Erstens haben sie nur *indirekt* mit Bedürfnissen zu tun. Im Vordergrund steht, was sich rechnet und nicht, was Bedürfnisse befriedigt. Zweitens haben Preissignale technisch ausgedrückt eine sehr geringe Bandbreite. Die Informationen, die Preise übermitteln können, sind dürftig, da sie nur eine Zahl, ein quantitatives Mass, abbilden. Preise ermöglichen nur die Unterscheidung «ist billiger oder teurer als». Dass die Entscheidung für «billiger» Menschen schädigt oder die Umwelt zerstört, haben wir gesehen. In Commons hingegen geht es um Qualitäten, Bedürfnisse, konkrete Wünsche der Menschen. Das sind die Signale, die wir für die gesellschaftliche Koordination nutzen können – *direkt*, ohne Umweg und ohne Reduktion auf eine Zahl. Und mit den digitalen Technologien haben wir dafür auch die Möglichkeiten. Texte, Videos, Chats, virtuelle Realität – unfassbar gross sind die Möglichkeiten, Informationen auf Basis digitaler Technologien unreduziert darzustellen und miteinander auszutauschen.

Aber ist nicht der Vorteil des Geldes als Signalträger, die Informationsfülle zu reduzieren, um lokal entscheidungsfähig zu werden? Wer dies sagt, meint implizit, dass der*die Stärkere zu Lasten der*des Schwächeren entscheiden soll. Denn Geld ist Macht, Handlungs- und Entscheidungsmacht. Wenn ich Geld habe, kann ich indirekt andere dazu bringen, das zu tun, was ich will. Kaufe ich, dann stellt mir jemand das Gekaufte her und sichert damit die eigene Existenz. Das nennt man auch Arbeit. Über die Arbeit anderer direkt oder indirekt zu verfügen, ist Herrschaft. Wir beherrschen uns gegenseitig, wir setzen uns gegenseitig auf Kosten anderer durch. Die Lasten sind dabei ungleich verteilt, denn wer mehr Geld hat, hat mehr Macht.

Wie kann die qualitative Signalvermittlung aber ohne Geld funktionieren? Auf doppelte Weise. Erstens wissen die Dinge, die wir herstellen, «selbst», was sie brauchen, um zu funktionieren. Wenn wir einen Toaster zusammenbauen, «signalisiert» der Toaster durch seine technische Gestalt – denjenigen, die ihn herstellen – was er «braucht», um zu funktionieren. Dafür gibt es, zweitens, Pläne, die den Prozess beschreiben: Material-, Bau-, Prozesspläne und so weiter. Das ist der Kern der informierten Koordination in einer *freien Gesellschaft*. Es gibt Signale, die dem Prozess innewohnen und von der Sache selbst kommen, um die es geht. Und es gibt Signale, die den Prozess begleiten und die die mit der Sache betrauten Menschen informieren, was wie zu tun ist. Beide Signalarten basieren immer mehr auf digitalen Technologien. Mit «Industrie 4.0» ist der Kapitalismus auch heute schon dabei, eine aktive qualitative Vermittlung in die industriellen Prozesse einzubauen. Die Produktion soll sich selbst organisieren. Auf Basis digitaler Signalvermittlung kommunizieren und kooperieren Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte miteinander. Das Internet der Menschen und das Internet der Dinge verschmelzen. Eine vollständige Kreislaufproduktion («cradle to cradle») wird damit möglich. Nicht nur einzelne Produkte können über ihren kompletten Lebenszyklus digital begleitet werden, sondern auch die Kooperation zwischen den Hersteller*innen, Branchen, Regionen, ja, zwischen allen Bereichen der ganzen Gesellschaft ist möglich. Eine Utopie der *polyzentrischen Selbstorganisation*, wie Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom die Organisationsform grosser Commonssysteme nannte, rückt in greifbare Nähe. Und das, ohne auf die alten Lösungen staatlicher Zentralplanung oder geldvermittelter Märkte zurückgreifen zu müssen.

Entwicklung durch Konflikte

Eine verallgemeinerte Commons-Gesellschaft – oder *Commonismus* – ist in der Lage, die gesellschaftliche Koordination durch qualitative Signalvermittlung zu organisieren. Haben wir es mit einer harmonischen Gesellschaft zu tun, in der sich Beiträge und Nutzungen stets decken? Keineswegs! Die Individualität der Menschen zeigt sich als grosse Variabilität der sinnlich-vital-nutzenden und produktiv-beitragenden Bedürfnisse. Das sorgt zwar dafür, dass es potenziell einen hohen Grad an Deckung zwischen notwendigen Tätigkeiten und freiwilligen Beiträgen geben kann, doch die qualitative Signalvermittlung kann Konflikte nicht lösen.

Eine
freie
Gesellschaft
kennt
weder
Geld
noch
Markt
oder
Staat.

Konflikte treten auf, wenn sich sinnlich-vitale und produktive Bedürfnisse beziehungsweise die daraus resultierenden Handlungen nicht decken. Zum Beispiel könnten die Ressourcen oder die tätigen Beiträge nicht ausreichen, um ein Gut herzustellen, das sich Menschen wünschen. In diesem Fall kommen die beteiligten Menschen zusammen und versuchen, Lösungen zu finden. Dies ist der Prozess, der *Commoning* genannt wird. Die Beteiligten überlegen und entscheiden gemeinsam auf Augenhöhe, wie Ziele erreicht werden können. Die Ziele und damit die Bedürfnisse können sich im Prozess der Lösungsfindung verändern. Es zeigt sich schnell, dass die eigenen Bedürfnisse nicht statisch sind und getrennt von den anderen existieren, sondern auf die Bedürfnisse der anderen Menschen verweisen. Die Sichtbarmachung der Bedürfnisverbundenheit ist wichtig. Es geht schliesslich darum, eine inkludierende Lösung zu finden. Unter Bedingungen des Marktes sind wir von den Anderen und ihren Bedürfnissen getrennt. Das Geld – ich entscheide primär danach, ob ich mir etwas «leisten» kann – schneidet die Bedürfnisse der anderen von den meinen ab. Und es vermeidet Konflikte. Ich kaufe oder verkaufe Waren – und entscheide damit über die Bedürfnisse von anderen. Die Folge sind Exklusion und Umweltzerstörung. Anders in einer Commons-Gesellschaft, in der es die «Abkürzung» und «Konfliktentscheidung» durch das Geld nicht gibt. Wir können uns dann aktiv auf die Bedürfnisse der anderen beziehen, aber wir müssen es auch. Inklusion ist nun keine moralische Haltung mehr, sondern strukturell nahegelegte Handlungsaufforderung.

Ein Argument für die getrennte Privatproduktion ist die Innovation, die dem Tausch und der Konkurrenz entspringt. Wenn die Getrenntheit der Produktion wegfällt, und mit ihr Tausch, Markt und Geld, fällt dann auch die Innovation aus? Auch hier gilt es, sich klarzumachen, worauf Innovation abzielt. Zielt sie auf die Verbilligung der Produktion zu Lasten von Menschen und Umwelt ab, dann erleben wir Phänomene wie die Ravioli, die durch zig Länder Europas reist, bevor sie auf unserem Tisch landet. Diese Innovation können wir uns sparen! In einer freien Gesellschaft werden wir Innovationen erleben, die heute unterbleiben, weil sie «zu teuer» sind. Die Entscheidung, ob etwas «zu teuer» oder übersetzt «zu aufwändig» ist, misst sich in der freien Gesellschaft nicht mehr an der Marktkonkurrenz oder dem Staatsbudget, sondern allein daran, ob wir entscheiden, den notwendigen Aufwand zu erbringen, weil uns das Bedürfnis, das wir damit befriedigen wollen, so wichtig ist.

Utopie
gibt nicht
nur
Hoffnung,
sie ist un-
abweisbar
notwen-
dig.

Im Kapitalismus geht Entfaltung stets auf Kosten von Menschen und Natur

Soziales vor Digitalem

Bei all den skizzierten Entwicklungsmöglichkeiten spielt eine digitale Infrastruktur eine wichtige Rolle. Entscheidend ist jedoch die soziale Organisation der Gesellschaft – einen allein technikgetriebenen Wandel hin zu einer Commons-Gesellschaft wird es nicht geben. Eine digitale Infrastruktur verschlingt bereits heute ein hohes Mass an Ressourcen. Doch das Versprechen einer «Immaterialisierung» der Produktion, also der Einsparung von Ressourcen an anderer Stelle, ist nicht eingetroffen. Der als «Reboundeffekt» bekannte Mechanismus, wonach Einsparungen stets durch erweiterte Produktion überkompensiert werden, ist Teil des in den Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumsimperativs. Erst in einer an Bedürfnissen orientierten Gesellschaft, in der die Menschen auch die reale Verfügung über die Ressourcen und damit wirkliche Entscheidungsfähigkeit haben, können wir uns in die Lage bringen, umzusteuern. Erst dann kann eine digitale Infrastruktur Träger in der gesellschaftlichen Bedürfnisvermittlung werden. Bis dahin bleibt sie blosses Geschäftsmodell. ●

- 1 Stefan Meretz, Simon Sutterlütti: *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*. Hamburg 2018. Das Buch ist zum Download verfügbar unter commonism.us
 - 2 Lesen Sie dazu Phyllis Omido: *Die Wut einer Mutter. Die Geschichte der afrikanischen Erin Brockovich*. Berlin 2019.
- Stefan Meretz, *1962, ist Ingenieur, Informatiker, Autor, Kolumnist und Mitbegründer des Commons-Instituts.
stefan@meretz.de